

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: DDR-Arbeitsmarkt - Statistisches Bundesamt - Gesamtdeutsche Bahn politik - Ölpreis - UdSSR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: DDR-Arbeitsmarkt - Statistisches Bundesamt - Gesamtdeutsche Bahn politik - Ölpreis - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 8, pp. 385-386

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136662>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DDR-Arbeitsmarkt Beginn der Talwanderung

Mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion – und damit verbunden dem Ende der Beschäftigungspflicht – verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage in der DDR merklich. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Juli fiel zwar geringer aus, als von manchen erwartet worden war; Schulferien und Urlaubszeit trugen vermutlich dazu bei. Gleichzeitig machten die Unternehmen aber von dem neuen Instrument Kurzarbeit reichlich Gebrauch. Rund 650 000 Kurzarbeiter wurden gemeldet, besonders in den „Problemgebieten“ Landwirtschaft, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Elektrotechnik. Die für die DDR großzügigere Kurzarbeiterregelung führte zu einer neuen Form der verdeckten Arbeitslosigkeit. Nach Angaben des Staatssekretärs im DDR-Arbeitsministerium Kinitz ist in etwa die Hälfte der Kurzarbeiter tatsächlich als arbeitslos anzusehen.

Mit dem Fortgang des Anpassungsprozesses der DDR-Wirtschaft an marktwirtschaftliche Bedingungen wird sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit vermutlich noch einige Zeit fortsetzen. Wie hoch er sein wird und wie lange er dauern wird, ist derzeit kaum vorherzusagen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der DDR sollte vordringlich für eine rasche, durchgreifende Verbesserung der nach wie vor unzureichenden Rahmenbedingungen für private Investitionen gesorgt werden. Zum Beispiel sollten bestehende Hindernisse in der kommunalen Verwaltung, etwa bei der Vergabe von Grundstücken, abgebaut werden. Auch die Privatisierung staatseigener Unternehmen durch die Treuhandanstalt sollte nach langem Hinauszögern nun beschleunigt durchgeführt werden. In der Arbeitsmarktpolitik sollten die vorgesehenen inner- und außerbetrieblichen Maßnahmen zur Weiter- bzw. Umqualifizierung für Kurzarbeiter und Arbeitslose schnell in die Praxis umgesetzt werden. Zweckmäßig wären Kurse nach dem Baukastenprinzip, damit die Teilnehmer neue Beschäftigungschancen rasch nutzen können. sp

Statistisches Bundesamt Ein neues Konzept

Im vergangenen Monat hat das Statistische Bundesamt mit der Vorstellung des Konzeptes einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung einen weiteren Schritt in Richtung Versachlichung der Grundlagendiskussion über den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie getan.

Kurzfristiges Ziel ist die Erschließung und Zusammenführung der bereits in vielfältiger Form anfallenden umweltbezogenen statistischen Daten. Umfassende Ergebnisse, gegliedert in einen Berichts- und einen Analyseteil, sollen erstmals 1992 veröffentlicht werden. Während der Berichtsteil Daten in physikalischer und teilweise auch in monetärer Dimension präsentiert, soll im Analyseteil versucht werden, monetär bewertbare Daten mit der herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbinden.

In der Öffentlichkeit herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß mehr und fundiertere statistische Daten über die umweltbezogenen Folgen der Wirtschaftstätigkeit erforderlich sind. Hinsichtlich der Bewertung dieser Daten in Mark und Pfennig besteht dagegen noch erheblicher Dissens. Das Bundesamt schlägt vor, den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen mit Marktpreisen, Emissionen durch Vermeidungskosten und Immissionen durch Reparaturkosten zu bewerten. Wie auch bei der herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird sich ein tragfähiger Konsens allenfalls langfristig im Zuge von Versuch und Irrtum herausbilden, zumal es für dieses neue Rechensystem kein Vorbild gibt. Erschwerend tritt hinzu, daß Umweltschutzstandards vom jeweils erreichten Stand wissenschaftlich-technischen Wissens abhängen und damit politisch immer wieder neu auszuhandeln sind. Auf lange Sicht kann das jetzt vorgestellte Umwelt-Berichtssystem aber einen wichtigen Beitrag zur Verzahnung von Ökonomie und Ökologie in der Sozialproduktrechnung leisten. hn

Gesamtdeutsche Bahnpolitik Desolate Ausgangslage

Bundesverkehrsminister Zimmermann hat sich gegen eine Fusion der Deutschen Bundesbahn mit der Reichsbahn ausgesprochen, obwohl nach den Plänen der Verantwortlichen beider Bahnen und entsprechend dem Vorgehen bei der Bundespost und anderen Behörden ein Zusammengehen erwartet werden konnte. Begründet wird die Entscheidung des Ministers damit, daß bislang die Grundlagen für eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Reichsbahn fehlen.

Es spricht tatsächlich viel gegen eine Fusion. Das Schienennetz der Reichsbahn ist stark verzweigt, völlig veraltet und nur zu einem Viertel elektrifiziert. Außerdem beschäftigt die Reichsbahn mehr Mitarbeiter als die Bundesbahn, obgleich ihr Schienennetz nur halb so groß ist. Die Bundesbahn, die selbst permanent stei-

gende Defizite aufweist, würde fusioniert mit der Reichsbahn noch unrentabler.

Die Reichsbahn hat bisher aufgrund der staatlichen Lenkung in der DDR 72% der Güter transportiert. Dieser Anteil wird kräftig schrumpfen und wegen fehlender Wettbewerbsfähigkeit größtenteils an den Straßengüterverkehr verlorengehen, was – nicht nur aus umweltpolitischen Gründen, sondern auch wegen des unzureichenden Straßennetzes – äußerst bedenklich ist. Um diese Folgen zu mildern und in beiden Teilen Deutschlands effizient arbeiten zu können, muß die Bahn rentable Strecken ausbauen, und kräftig Personal abbauen. Ob dies mit oder ohne Fusion geschieht, ist zunächst unbedeutend. Wichtiger ist, daß sich die Bahnen endlich an marktwirtschaftliche Gegebenheiten gewöhnen, um gegenüber anderen Verkehrsträgern wettbewerbsfähig zu werden. CW

Ölpreis Kein Anlaß zu Panik

Nur wenige Tage nach der jüngsten turnusmäßigen OPEC-Konferenz, auf der eine Erhöhung des Richtpreises von 18 auf 21 Dollar je Barrel Rohöl verabredet wurde, gingen die Preise an den Spotmärkten deutlich darüber hinaus. Mit dem Überfall auf Kuwait hat der Irak, der auf der Konferenz für seine Forderung nach einer stärkeren Anhebung keine Mehrheit fand, ein Niveau der Ölpreise bewirkt, das annähernd so hoch ist wie vor dem Preissturz vor vier Jahren.

Ein Absinken der Ölpreise auf den Stand vor der OPEC-Konferenz ist zunächst wenig wahrscheinlich, da selbst bei einem schnellen Ende der Krise im Nahen Osten die Förderdisziplin der Mitgliedsländer groß sein dürfte. Ob die Ölpreise jedoch auf dem gegenwärtigen hohen Niveau bleiben, hängt wesentlich vom Verhalten der Ölnachfrager ab. Für preistreibende Panikkäufe besteht eigentlich wenig Anlaß. Das Ölangebot könnte jedenfalls auch bei einem Totalausfall der irakischen und kuwaitischen Exporte annähernd unverändert bleiben; denn die weltweiten Ölvorräte sind zur Zeit überdurchschnittlich hoch, und andere Lieferländer sind in der Lage, die Produktion deutlich auszuweiten.

Eine wichtige Rolle für die Rückkehr zu niedrigeren Ölpreisen könnte unter diesen Umständen dem flexiblen Einsatz der strategischen Ölreserven in den Verbraucherländern zukommen. Seit den beiden Ölpreiskrisen der siebziger Jahre haben die in der Internationalen Energieagentur zusammengeschlossenen Länder

ihren Krisenmechanismus weiter verbessert, wenn auch der Ernstfall bislang nur geprobt werden konnte. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, die Marktteilnehmer davon zu überzeugen, daß es auch dieses Mal wieder keine Engpässe in der Ölversorgung geben wird. ma

UdSSR Beitritt zum IWF?

Der Besuch von IWF-Chef Camdessus in Moskau Ende Juli bot der UdSSR eine willkommene Gelegenheit, ihren Wunsch nach einer Fondsmitgliedschaft erneut auszusprechen. Ungeachtet immer noch bestehender US-Widerstände gegen einen sowjetischen Beitritt, hat nun der Fonds selbst offenbar positiv reagiert. Damit wird die Frage nach Kosten und Nutzen einer Mitgliedschaft für die Sowjetunion aktueller denn je.

Von sowjetischer Seite rechnet man mit einer Quote von 4-4,5 Mrd. Dollar, von der nur rund 25% in konvertiblen Währungen eingezahlt werden müßten. Diesen Devisenbeitrag wiederum kann die Sowjetunion bei Bedarf als sogenannte Reservetranche jederzeit und ohne wirtschaftspolitische Auflagen zinsfrei in Anspruch nehmen. Ein Fondsbeitritt ist damit für die UdSSR letztlich ohne Devisenaufwendungen möglich. Hingegen könnte sie ihre Kreditaufnahmemöglichkeiten durch eine Fondsmitgliedschaft beträchtlich ausweiten. Die Sowjetunion braucht Devisen und Westkredite zur Zeit dringender denn je, um ihre darniederliegende Wirtschaft – insbesondere die sich verschärfende Versorgungskrise im Lebensmittel- und Konsumgüterbereich – in den Griff zu bekommen.

Die IWF-Mitgliedschaft könnte für die UdSSR – nach den zur Zeit gültigen Richtlinien – einen maximalen Kreditrahmen von 16-18 Mrd. Dollar (400% der sowjetischen Quote) innerhalb von drei Jahren bedeuten. Dies allerdings nur unter der Bedingung, daß sie sich verpflichtet, ein umfassendes Reformprogramm nach polnischem oder ungarischem Muster zu verwirklichen. Dort allerdings – vor allem in Polen – sind die bisherigen, begrenzten Erfolge nicht zuletzt der Unterstützung der Reform durch weite Bevölkerungskreise zu verdanken. Diese Unterstützung fehlt in der UdSSR. 40-50 Millionen Menschen leben bereits an oder unter der Armutsgrenze. Es ist damit äußerst fraglich, ob der sowjetischen Regierung mit dem IWF im Rücken gelingen kann, was bislang gescheitert ist: Kernbereiche der Reform, wie Preisanhebungen und Subventionsabbau, gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. pp